Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 108. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 4. März 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

15. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (3. März).

Eröffnung 10 Uhr 20 Minuten. Die Tribünen sind stark besetzt. Am Ministertisch: Hr. v. Bodelschwingh, Graf v. Eulenburg, Hr. v. Mühler, Hr. v. Selchow und fünf Regierungs-Commissarien.

Präsident Grabow theilt mit, daß von dem Unterrichts-Ministerium eine Anzahl Exemplare der amtlichen Uebersicht über die Gehälter der Elementarlehrer in den Jahren 1862 und 1863 zur Benutzung für die Unterrichts-Commission überreicht seien.

Abg. Harkort I. hat einen Gesetzentwurf über die Normativ-Bestimmungen für Privat-Banken eingebracht, der an die Commission für Handel und Gewerbe verwiesen wird. — Es sind noch zwei Adressen gegen die Eröffnungsrede des Präsidenten, die eine mit über 600 Unterschriften aus Brandenburg a. H., Rathenow und Friesack, die andere ohne Ortsangabe und Datum, eingegangen. Der Präsident wird auch diese werthen Schriftstücke zum ewigen Gedächtniß aufbewahren. (Heiterkeit.) Außerdem eine Zustimmungs-Adresse. — Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Finanzminister v. Bodelschwingh: In Folge allerhöchster Ermächtigung überreiche ich dem Hause einen Gesetz-Entwurf, betreffend eine Abänderung des Gesetzes vom 14. September 1857 über den Gewerbebetrieb im Umherziehen in den hohenzollernschen Landen. Der § 3 des genannten Gesetzes beschränkte in Folge einer gutachtlichen Aeußerung der Regierung zu Sigmaringen den Gewerbebetrieb im Umherziehen mit Fleisch und Fleischwaaren. Gegenwärtig scheint der Zeitpunkt gekommen, diesen § aufzuheben. Bei der Einfachheit der Angelegenheit möchte ich mir den Vorschlag erlauben, über den Gesetzentwurf in die Schlußberathung einzutreten.

Außerdem habe ich in Folge allerhöchster Ermächtigung vom 12. v. M. einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend eine Abänderung des Reglements vom 7. März für die Offiziers-Wittwenkasse der Offiziere. Die Aenderungen schließen sich an die Bestimmungen der Civil-Wittwenkasse vom Jahre 1857 an. Ich erlaube mir den Vorschlag, den Gesetz-Entwurf der Finanz-Commission zu überweisen.

Für den ersten Gesetzentwurf wird die Schlußberathung beschlossen, zum Referenten Abg. Riesenstahl, zum Correferenten Abg. v. Rönne bestimmt. — Ueber die geschäftliche Behandlung des zweiten Gesetzentwurfs wird erst nach dem Druck desselben in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

Das Haus geht nunmehr zur Tagesordnung über; zunächst zur Interpellation des Abg. Dr. Möller, betreffend die Aufforderung des Landraths des Heiligenbeil-Pr. Eylauer Kreises im Amtsblatte, Hrn. v Tettau zum Abgeordneten zu wählen.

Präs. Grabow: Ich richte nunmehr an den Herrn Minister des Innern die Frage, ob er die Interpellation beantworten will.

Der Minister des Innern: Ich werde antworten.

Abg. Dr. Möller (zur Begründung seiner Interpellation): M. H.! Ich will mir zuerst erlauben, folgendes Actenstück, welches einen streng amtlichen Charakter hat, zu verlesen. (Verliest die Aufforderung des Landraths im Amtsblatte des Kreises Heiligenbeil-Pr.-Eylau.) Es scheint mir, m. H., daß ein so directer Schritt zur Verwirklichung des napoleonischen Systems der Regierungscandidaten bisher bei uns noch nicht vorgekommen ist. (Sehr wahr! Hört!) Diese politischen Experimente haben leider nach den Erfahrungen in unserer Provinz alle Aussicht demnächst in größerem Maßstabe in's Leben zu treten, und deshalb habe ich meine erste Frage an die königliche Staatsregierung gerichtet. Ich habe genügende Veranlassung, die dringende Vermuthung auszusprechen, daß der Landrath, ein persönlich gemäßigter Mann, mit Zustimmung und vielleicht sogar auf directen Auftrag wenigstens seiner nächsten vorgesetzten Behörde gehandelt hat. Der Regierungspräsident v. Kamptz hat kurz zuvor jene Wahlkreise bereist; die Domainenrentmeister haben die liberalen Wahlmänner persönlich bearbeitet, ja, wenn sie bei diesen kein Gehör fanden, nicht verschmäht, sich an das schwache Geschlecht zu wenden. Nun möchte ich aus vielen anderen Proben weiter schließen, daß die königliche Staatsregierung die Provinzialbehörde nicht desavouiren, sondern sich, sei es verblümt, sei es offen, mit derselben solidarisch erklären wird.

Wir haben schon seit Jahren gesehen, daß die Regierung sich nicht über den Parteien zu halten vermag. Von den Beamten wurden diejenigen, welche den Muth hatten, liberal zu stimmen, gemaßregelt, diejenigen aber, welche conservativ stimmten, befördert. Was die Wahlagitation selbst anbetrifft, so war es bisher blos zu officiösen Kundgebungen gekommen; zur Krönung des Systems fehlte nur noch das, was jetzt vorliegt, daß die Regierung in einem amtlichen Blatte eine directe Aufforderung erläßt, für ihren Candidaten zu stimmen. Die Regierung wird vielleicht entgegnen, daß damit kein Zwang geübt, sondern nur ein wohlgemeinter Rath ausgesprochen wurde. Aber, m. H., in den Provinzen kennt Jedermann das, was folgt, wenn er sich solchem wohlgemeinten Rathe nicht fügt. Der Landrath veranlaßt die Einschätzung zu den directen Steuern und die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß davon zur Bestrafung liberaler Wähler der umfassendste und nachdrücklichste Gebrauch gemacht worden ist. (Widerspruch zur Rechten.) Dann ist daran zu erinnern, daß die vom Landrath abhängigen Rentmeister an vielen Orten zugleich Polizei-Anwalte sind. Bei näherer Untersuchung wird sich zeigen, welchen Gebrauch die Beamten von der Kundgebung des Herrn Landraths gemacht haben, aber schon jetzt darf man annehmen, daß in dieser Aufforderung der eine Theil eine Drohung, der andere eine Verheißung gefunden haben wird.

Der Herr Minister wird mir ferner vielleicht einwenden, daß die Regierung eine Parteiregierung sein müsse, wie wir dies in England, Belgien und andern verfassungsmäßig regierten Staaten finden. Freilich gehen diese Regierungen aus Parteien hervor, aber sie werden sich nie beikommen lassen, die Gegenpartei zu knebeln und ihrer verfassungsmäßigen Stellung zu berauben. (Beifall.) Nein, m. H., dazu lassen sie sich nicht hinreißen, und handeln sie so nicht aus Gerechtigkeitsgefühl, so thun sie es aus Klugheit, da sie wissen, daß auch ihre Gegner zur Regierung gelangen und dieselben Mittel gegen sie anwenden können. Nun aber möchte ich fragen, was haben wir Ostpreußen gethan, daß man sich gerade unsere Provinz zum Experimentiren aussucht? Was, frage ich, haben wir begangen? Nirgends ist so wie bei uns die Presse gemaßregelt, nirgends wie bei uns die Selbstständigkeit der Commune angetastet, nirgends sind so viele Vereine unter so nichtigen Vorwänden aufgelöst worden. Wir haben Beamte, deren politischer Fanatismus so weit geht, daß sie nicht blos das Gefühl für Recht und Gesetz, nein, daß sie sogar das Gefühl für den Anstand verloren zu haben scheinen. (Beifall und Zischen.)

Kaum war jenes berüchtigte Trifolium Plehwe, Lindenberg u. G., gegen das sich die politische Todtenschau richtete, abgethan, so haben die Herren Maurach und v. Kamptz ein Regiment etablirt, das lebhaft an das erinnert, was ein Redner der Rechten (Wagener) neulich gegen die Präfektivwirthschaft sagte. Und was hat die Regierung mit dem colossalen Apparat ihrer Wahlbeeinflussung erreicht? Eine Majorität von einer einzigen Stimme. Wie die Provinz Preußen denkt, davon hat sie in dreimaligen Wahlen Zeugniß gegeben, und wer tiefer als die Oberfläche sehen will, der wird unter einem scheinbaren Erfolge nichts anders finden, als eine ehrliche Erbitterung. Der Herr Minister des Innern kennt so gut, wie ich, meine heimathliche Provinz; er kennt die Zähigkeit, die sie früher dem Druck der ausländischen Gewaltherrschaft entgegengestellt hat, er kennt den gewaltigen Freiheitstrotz, mit dem sie sich im Jahre 1813 erhoben. Und so ist auch in unserer Zeit. Wo sind die scheinbaren Erfolge geblieben? Spurlos dahingegangen, wie der Wind, nein, nicht spurlos, sie haben nach sich gezogen den gänzlichen Verfall der conservativen Partei und sogar der altliberalen Partei.

M. H. Wäre ich Pessimist, so müßte ich dem Ministerium danken, daß es der Landbevölkerung die Augen geöffnet und die conservative Partei dem unaufhaltbaren Untergange entgegengeführt hat. Denn so viel Fortschritte wenigstens hat die öffentliche Meinung seit den Tagen Machiavellis gemacht, daß nicht mehr geglaubt wird, der Zweck heilige die Mittel. Nein, m. H., heute wird geglaubt, daß auch die beste Sache verloren ist, wenn sie von unreinen Händen und mit unreinen Mitteln geführt wird. Aber ich bin nicht Pessimist; es jammert mich, zu sehen, wie die Achtung vor jeder Regierung untergraben wird; ich wünsche aus Grund meines Herzens, daß die Achtung vor den Gesetzen und vor den Beamten erhalten bleibe und eben deshalb fordere ich den Herrn Minister des Innern auf, zu retten, was noch zu retten ist, indem er uns befreit von fanatischen und gewaltthätigen Beamten. (Lebhafter Beifall)

Minister des Innern Graf Eulenburg: Ich werde auf den sehr leidenschaftlichen Angriff des Herrn Interpellanten sehr ruhig antworten, vielleicht wird schon das beweisen, daß ich im Rechte bin. Der Herr Interpellant hat vergessen anzuführen, daß er selbst die Veranlassung gewesen ist, warum der Landrath des königsberger Kreises in dem Kreisblatt die Aufforderung hat ergehen lassen, den Herrn v. Tettau-Tolks zu wählen. Der Herr Interpellant hat am 24. Januar d. J. von Berlin Folgendes veröffentlichen lassen: (liest) An die liberalen Wahlmänner der Kreise Eylau-Heiligenbeil! Herr Saucken-Julienfelde hat aus formellen Gründen die nach dem Ausspruche des Abgeordnetenhauses rechtsgiltig auf ihn gefallene Wahl abgelehnt, und es ist in Folge dessen eine Neuwahl vorzunehmen. Die liberale Partei hat im dortigen Wahlkreise die Mehrheit. Das hat meine mit 17 Stimmen Majorität erfolgte Wahl bewiesen. Es kommt nun darauf an, daß jeder Wahlmann es als seine heilige, ihm von seinen Mitbürgern übertragene Pflicht erkenne, bei der Wahl zu erscheinen und seine Stimme abzugeben. Mitbürger! Ihr habt die Erfahrung gemacht, wieviel von einer einzigen Stimme abhängen kann. Seid dessen eingedenk und sorgt durch eifrige Betheiligung dafür, daß nicht etwa durch die Versäumniß eines Einzelnen der Kreis zu einem Vertreter komme, welcher nicht der der Mehrheit wäre. Berlin, den 24. Januar 1865. Dr. Möller, Abg. für Eylau und Heiligenbeil. M. H., was heißt das nun?

Der Herr Interpellant hat gefragt, ob ich verblümt oder offen antworten werde. Gewiß offen, wie in allen Fällen. Seine Aufforderung war eine verblümte Aufforderung, den Herrn Saucken-Julienfelde zu wählen, den der Herr Interpellant für den rite gewählten Abgeordneten gehalten hat. Der Landrath hat den Herrn v. Tettau-Tolks für den rite gewählten Abgeordneten gehalten und gesagt: die Wahl ist nur aus formellen Gründen für ungiltig erklärt und deshalb hat er aufgefordert, bei dem bisher gewählten Abgeordneten stehen zu bleiben. Materiell halte ich beide Aufforderungen für durchaus identisch. Es fragt sich jetzt, ob darin, daß eine Aufforderung vom Landrath ausgegangen ist, eine unerlaubte Wahlbeeinflussung liegt und ob also die Regierung in der Lage ist, das Verfahren des Landraths zu mißbilligen. Ich erkläre, daß ich das Verfahren des Landraths billige (Bravo rechts, Unruhe links) und deshalb keine Veranlassung habe, — ich wiederhole es — dasselbe in diesem oder in einem späteren Falle zu rügen. — Meine Herren, ich habe gesagt, ich will offen antworten, und deshalb erkläre ich, daß jedes Wahl-Circular, das ein Minister des Innern bei bevorstehenden Wahlen erläßt, mehr oder weniger eine directe Aufforderung an die königlichen Beamten, namentlich an diejenigen, die den factischen Verhältnissen nahe stehen, enthält für das Zustandekommen von Wahlen, welche der Regierung günstig sind, zu stimmen. Mag es ein Minister geschickter ausdrücken als ein anderer, mag er sich in allgemeineren Redensarten bewegen als ein anderer, jedenfalls wird der Zweck immer der sein, die Beamten zu encouragiren, innerhalb ihres Wirkungskreises und soweit es nicht gegen das Gesetz verstoßt, für das Zustandekommen von solchen Wahlen zu wirken, welche der Regierung genehm sind; denn eine Regierung in Preußen kann auch jetzt auf die Länge nicht heilsam wirken, wenn sie nicht eine Majorität für sich hat. (Hört, hört!) Das erkläre ich hiermit offen, und deshalb eben ist das Bestreben der Regierung dahin gerichtet, eine solche Majorität für sich zu gewinnen, was ihr hoffentlich mit der Zeit nicht fehlen wird. (Bravo rechts, große Unruhe links.)

Nun frage ich, m. H., was für ein Unterschied ist zwischen dem Wirken eines Landrathes, der seiner Pflicht und der an ihn gerichteten Aufforderung gemäß sich die Mühe giebt, im Kreise herum zu reisen, mit den Leuten zu sprechen, sie aufzuklären, ihnen die Wünsche der Regierung darzulegen und dann zu sagen: Stellt einen Candidaten auf, welcher den Anforderungen entspricht, welche die Regierung macht! — oder der da selbst sagt: Der und der ist der geeignetste Mann, er wird die Intentionen verfolgen, die die Regierung sich gestellt hat; vereinigen wir unsere Stimmen auf ihn! Wenn er nun im Kreise findet, daß eine große Anzahl von Wählern vorhanden ist, die geneigt ist, für die Regierung zu stimmen, und wenn er dann im amtlichen Kreisblatt sagt: hier in unserer Mitte ist ein solcher Mann; wollen wir endlich Frieden im Lande haben, wollen wir den Wünschen entsprechen, den von Sr. Majestät in der Thronrede ausgesprochenen Wünschen, die im Interesse des Landes liegen; wollen wir den Wünschen nach Versöhnung endlich Rechnung tragen, so müssen wir diesen Mann, und er nennt ihn dabei mit Namen — können Sie darin irgend ein Factum finden, welches auch nur im Entferntesten entweder gegen die Strafgesetze verstößt — und das ist nicht einmal behauptet worden — oder gegen die Verwaltungsgrundsätze verstößt — auch das ist nicht behauptet worden — event. würde ich es bestreiten — oder eine Wahlbeeinflussung in einem Maße involvirte, daß dadurch die Freiheit der Entscheidung des Bürgers irgendwie beschränkt würde? (Lebhafte Rufe: Ja! Ja!)

Das bestreite ich, und ich weise auf das Bestimmteste und Energischste zurück, was der Herr Interpellant gesagt hat, daß jemals ein Landrath und wenn er mit noch so viel stärkeren Worten die Wahlmänner zu einer bestimmten Wahl auffordern würde, im Hintergrunde den Gedanken haben könne, diejenigen Wähler, welche nicht darnach stimmen, auf irgend eine Art zu maßregeln. (Große Unruhe.)

Die ausdrückliche Hindeutung des Herrn Interpellanten auf die Einschätzung bei den directen Steuern halte ich für eine Verleumdung (Bravo! rechts, Oho! links), aber ich wünsche, daß in allen solchen Fällen, wo behauptet wird, daß dergleichen vorgekommen, man einen solchen Fall mir namentlich nachweise, um denselben mit aller Energie zu verfolgen und ein Exempel statuiren zu können; bis dahin aber bestreite ich auf das Bestimmteste, daß ein solcher Fall auch nur annäherungsweise vorgekommen ist. — Wenn der gute Rath, der von dem Landrath ertheilt wird, einen Einfluß übt, so kann die Regierung sich nur gratuliren, daß Landräthe überhaupt noch einen solchen Einfluß ausüben können, obgleich er in diesem Falle leider Gottes nur dahin gegangen ist, im ganzen Kreise nur eine einzige Stimme zu gewinnen.

Ich behaupte also, m. H., wiederholt, daß der Landrath im Rechte war, daß kein Grund vorhanden, ihn zu reprobiren und daß auch in künftigen Fällen ich nicht in der Lage sein würde, eine geschickt und anständig gefaßte Erklärung, wie diese, zurückzuweisen, weil ich darin keine Art von Wahlbeeinflussung in einem verbotenen Sinne sehe. — Nun sagt der Interpellant: Laßt zwischen den Parteien Licht und Sonne gleich sein. So wie der Landrath spricht, amtlich im amtlichen Blatte spricht, so stört er eben diese Gleichheit. — M. H., das bestreite ich, die Parteibildung in Preußen kann man nicht ohne Weiteres mit der Parteibildung in anderen Ländern auf eine Stufe stellen, (Oho! links); wir leben in einem jungen Verfassungsleben und haben kaum Zeit gehabt, diejenige Formation der Parteien vor sich gehen zu lassen, die in allen constitutionellen Ländern wie ein historisches Factum Einem entgegentritt. Naturgemäß und so auch in Preußen organisirt sich eine oppositionelle Partei am schnellsten und leichtesten; so ist es auch in Preußen gegangen. Eine conservative Partei hat an und für sich keinen großen Trieb zur Regsamkeit; sie hält sich im Recht, und darum darf ihr das Recht auch nicht verkürzt werden. (Heiterkeit und Unruhe links). Ja, m. H., ich spreche meine Meinung aus, in Preußen ist die conservative Partei wesentlich, Gott sei Dank, geneigt, sich an die Regierung anzuschließen, von der Regierung Impuls und Stütze zu erwarten. M. H., diesen Grundsatz und dieses Factum kann keine Regierung entbehren. Sie werden in Preußen niemals eine noch so liberale Reform, wenn sie heilsam wirken soll, durchbringen, wenn Sie sie nicht mit Hilfe der conservativen Partei durchbringen.

Liberale Ministerien, welche — vielleicht halten Sie das nicht für richtig — einen Augenblick in einem guten Einvernehmen mit den Conservativen über einen Gegenstand stehen, haben, glaube ich, Unrecht gethan, sich auf den Liberalismus zu verlassen. Auch ein liberales Ministerium kann, wenn es wirklich heilsame Maßregeln vorschlägt, kraft dieser die Conservativen überzeugen und kürzere oder längere Zeit dahin bringen, einzustimmen, um mit ihrer Einwilligung der Maßregel die Wege zu bahnen. Dies würde für Preußen heilsamer sein, als wenn man die Unruhe in das Land wirft, um ein Ministerium zu stürzen. Neben diesen Parteien des äußersten Liberalismus und Conservatismus giebt es eine Partei in Preußen, die, wie ich glaube, die Majoritäten macht. Diese ist wesentlich apathisch, es fehlt ihr alle Bewegung (Widerspruch). Glauben Sie denn, daß die Majoritäten, die heutzutage sich herausgestellt haben, aus lauter bewußten Wählern hervorgegangen sind? (Unruhe. Ja, Ja!) Diese Leute sagen: wir wählen deshalb, damit wir der Regierung Opposition machen, auf jedem Schritt ihr Schwierigkeiten bereiten. (Unruhe.) Die Leute sagen: wir werden mit euch wählen, damit wir social nicht incommodirt werden. (Unruhe und Widerspruch). Nun sage ich Ihnen: wenn die conservative Partei und die Partei, die ich apathisch nenne, in Wirklichkeit bestehen, und wenn die Regierung sich einer dieser Parteien anschließt, wenn sie sagt, was sie will und dann sagt: diese Partei ist es, die nach unseren Intentionen handelt, dann geht die Regierung nicht zu weit, ich glaube vielmehr, daß sie ihre Pflicht thut.

Wenn die conservative Partei einmal dahin kommen wird, nicht mehr zu sagen: Wir sind conservativ um der Regierung willen, sondern sagen wird: Wir sind conservativ der Interessen des Landes wegen, und darum unseres eigenen Interesses wegen, dann wird es besser stehen in Preußen, dann werden Sie thatkräftig und opferwillig sein, dann werden Sie mit der Regierung gehen und keine Klage mehr haben. Das habe ich über die Sache selbst zu sagen. Auf die Schlußbemerkung des Herrn Interpellanten, der sich Aeußerungen über einen hochgestellten preußischen Beamten erlaubte, bemerke ich, daß der Herr Abg. Möller kein competenter Richter über einen hochgestellten Beamten in Preußen ist.

Abg. Dr. Möller wendet gegen die Aeußerungen des Ministers des Innern ein, daß die „Hartung'sche Zeitung" kein amtliches Blatt sei, daß eine Majorität, welche auf die vom Minister geschilderte Weise gebildet werde, keine Volksvertretung sei, und was den Vorwurf der Verleumdung betreffe, so sei damit der Herr Minister in die Spuren der erwähnten Beamten, wie des Präsidenten v. Kamptz, getreten, der Injurienklagen gegen Mitglieder des Hauses angestellt habe wegen Aeußerungen derselben im Hause. Der Redner theilt aus einem Briefe mit, daß ein Schulze im Kreise Heiligenbeil von einem Beamten aufgefordert worden sei, v. Tettau zu wählen, und es sei demselben dabei in Aussicht gestellt, daß ihm seine Bureauarbeiten umsonst gemacht werden würden. (Sensation.) Ein Anderer sei in Gegenwart von Zeugen auf dem Landrathsbureau wegen seiner Wahl des Herrn v. Saucken injuriirt und ihm seine Superklugheit bei den Wahlen vorgeworfen worden. Solche Fälle ließen sich vielfach beweisen.

Abg. Schulze (Berlin): Den Vorwurf der Verleumdung muß ich auf das Entschiedenste zurückweisen; schon früher sind die gröblichsten Ausschreitungen bei der Beeinflussung der Wahlen durch Vernehmung von Verwaltungsbeamten nachgewiesen worden und es ist so der Beweis geliefert, daß für die vorliegende Interpellation der dringendste Grund vorhanden ist. — Der Hr. Minister hat gesagt, daß eine Oppositionspartei am leichtesten zu organisiren sei; das ist nicht richtig, vielmehr sind die extremsten Parteien am leichtesten zu organisiren, weil ihre fanatische Richtung die Einheit der Opposition durch die Erregung der Leidenschaften herstellt. Die jetzige Regierung nun stützt sich auf die extremsten Parteien: auf die conservative und nach der andern Seite auf die Social-Demokraten. Dergleichen ist bis jetzt in keinem andern Lande dagewesen, noch nie hat sich eine Regierung auf die entgegengesetztesten Parteien gestützt. Solche Stellung scheint mir sehr bedenklich, sie erinnert an die weitgestreckte Stellung des Koloß von Rhodos (Heiterkeit) und ich muß sehr bezweifeln, daß sie von Dauer sein kann.

Wir wissen sehr wohl, daß die Regierung auch ohne Majorität fortregieren wird, wir haben aber die Aufgabe, nur um so consequenter zu sein, wenn die Regierung nicht dem ungesetzlichen Unfug einiger Beamten steuert. (Hört) Wir werden dann solche Wahlen einfach nicht anerkennen und damit erreichen, daß die betreffenden Beamten selbst ihre vorgesetzten Behörden ersuchen werden, von der Beeinflussung Abstand zu nehmen, weil damit doch nichts erreicht wird. Dies bleibt für uns das einzige Mittel, unsern Wählern zu ihrem vollen Rechte zu verhelfen.

Abg. Reichensperger hält die moralische Beeinflussung durch die Regierung für zulässig, dagegen nicht eine den Begriff der Freiheit zerstörende Machtüberhebung. Das Ministerium Schwerin hat zu den Wahlen ebenfalls Meinungsäußerungen erlassen. In anderen Ländern sei ein solcher Einfluß der Regierung ganz selbstverständlich, z. B. in England, wo das Ministerium selbst der Ausfluß einer Partei sei. Redner hält daher das Verfahren des Landraths für zulässig und verwirft die Gründe der Interpellation. Eine Drohung, welche eine rechtlich unzulässige Insinuation enthalte, liege nicht vor. Im Uebrigen halte er solche Personen, welche sich aus Rücksicht auf materielle Nachtheile in ihrer Wahl bestimmen ließen, für nicht zur Freiheit reif, und solche allgemeine Furcht sei kein rechtliches Moment, welches zu der Annahme berechtige, daß positive Drohungen angewendet seien.

Abg. v. Mitschke-Collande: Meine Herren! Ich habe schon wiederholt die Ehre gehabt, diesem Hause anzugehören; ich habe ihm zu einer Zeit angehört, als die Partei, welche ich die meinige nenne, die herrschende in diesem Hause war, als ihre Stimme entschied bei allen Gesetzvorlagen, und ich finde es hart, wenn behauptet wird, daß diese Partei, weil sie jetzt nur aus 34 Mitgliedern besteht, im Lande keinen Boden hat. Ich finde die Behauptung hart, daß wir nur der Einwirkung der Regierung, nicht einer Partei unsern Sitz im Hause verdanken sollen. Die conservative Partei, m. H., ist noch stark im Lande, und ich muß gegen den Hrn. Minister, der gesagt hat, daß sich in Preußen leider noch keine conservative Partei gebildet habe, die sich nicht mit der Regierung identificire (hört), bemerken, daß die conservative Partei früher oft genug gegen die Regierung gestimmt hat. Ich will nur erinnern an ihre Opposition gegen die Gemeinde-Ordnung, das Minister-Verantwortlichkeitsgesetz (große Heiterkeit), gegen die Grund- und Gebäudesteuer (anhaltende Heiterkeit).

Auch jetzt bin ich der Ansicht, daß meine Partei nicht nach der Meinung der Regierung, sondern nach ihrer eigenen Ueberzeugung stimmen wird. Ich selbst bin früher Landrath gewesen und ich habe es immer für falsch gehalten, für die Regierung zu wirken mit Mitteln, gegen die sich das Gewissen des Beamten auflehnen muß; und wenn solche Fälle vorgekommen sind, wo Wähler von meinen Unterbeamten mit Erhöhung der Klassen- oder Einkommensteuer bedroht sind (hört, Sensation), bin ich immer mit Entschiedenheit dagegen eingeschritten, aber ich halte es sogar für die Pflicht der Regierung, daß sie alle erlaubten Mittel anwendet, um sich Stimmen in diesem Hause zu verschaffen. Und, m. H., weshalb sind wir denn jetzt in der Minorität? Weil man vor einigen Jahren ein Ministerium aus der Opposition genommen hat. Es ist das ein Experiment, welches bis dahin in Preußen unerhört war. (Große Heiterkeit.) Der schlimme Erfolg ist nicht ausgeblieben. (Anhaltende Heiterkeit.) Das damalige Ministerium machte sich parteilos, es verbot den Landräthen, ihren Einfluß zur Geltung zu bringen, es ließ die Gegenpartei übermächtig werden. Wir verlangen nichts als gleiche Sonne und gleichen Wind. Jetzt ist der conservativen Partei Wind und Sonne entzogen (Heiterkeit), geben sie uns Sonne und Wind (mit gehobener Stimme), dann werden wir die Uebermacht gewiß wieder haben.

Abg. Virchow. Wir sind dem vorigen Redner dafür zu Dank verpflichtet, daß er die Stellung der Regierung zur conservativen Partei richtiger gekennzeichnet hat, als der Herr Minister selbst. Nicht die conservative Partei schließt sich der Regierung an, sondern umgekehrt sucht die letztere, nach der Ansicht des Redners, sich auf jene zu stützen. Freilich ist diese Stütze schwach, denn die conservativen Wahlkreise nehmen sich auf der Kiepert'schen Karte wie einzelne verlorene Posten aus und erinnern an jene einsamen Inseln in der Südsee, die von Wilden bewohnt werden. (Große Heiterkeit.) Der Vorredner sprach von einer Zeit, wo die Conservativen wieder die Mehrheit in diesem Hause haben würden und der Herr Minister hat nicht nur das Bedürfniß eines solchen Umschlages, sondern er hofft auch die baldige Erfüllung. Der jetzige Zustand soll durch den unerhörten Umstand hervorgebracht sein, daß wir ein Ministerium aus der Opposition eine Zeit lang am Ruder gehabt haben. So unerhört ist der Umstand aber nicht. Auch unter früheren Königen sind in Preußen Minister ins Amt gekommen, die der Opposition, zwar nicht einer parlamentarischen, die nicht existirte, aber doch einer liberalen Opposition angehörten, so die Stein und Hardenberg, die Gegner der Junker und Erneuerer Preußens, die von Ihnen (zur Rechten) im Leben und über das Grab hinaus verfolgt worden sind! Jetzt sind Sie mit Ihrer Verfolgung etwas stiller geworden, weil sie einzusehen anfangen, daß die Gesetze jener Männer doch so übel nicht sind.

Aber dazu hat jenes aus der Opposition des Hauses hervorgegangene Ministerium allerdings genügt, um der großen liberalen Partei des Landes die Möglichkeit zu gewähren, sofort eine Mehrheit und Kraft zu zeigen, eine

Kraft, die wohl auch das jetzige Ministerium überdauern wird; während gleichzeitig die conservative Partei sofort zerfiel wie loser Mörtel und nur ein Haufen von Staub die Stelle bezeichnet, wo sie stand. Diese Partei, die so gern von gleichem Recht bei dem Kampf der Wahlen, von gleichem Licht und Wind spricht, kann nämlich gar nicht bestehen ohne die Sonne eines Ministeriums, in deren Wärme sie ihre Sachen ausbrütet. Der Herr Minister hat mit anerkennenswerther Offenheit seinen Standpunkt dargelegt. Doch lehrt uns die Geschichte, daß noch nie auf die bloße Gewalt eine dauernde Herrschaft gegründet worden ist, allenfalls eine momentan glänzende, die den Keim des Verderbens in sich schloß. Der Herr Minister sagt uns zwar von jenem Landrath, daß das, was er that, keine Beeinflussung der Wahlen gewesen sei, die gegen positive Gesetze verstieß, was nicht behauptet worden ist, oder gegen die Verwaltungsgrundsätze, worüber die verschiedenen Minister, welche die Träger dieser Grundsätze sind, auch in diesem Hause verschiedener Meinung sein möchten; der Herr Minister stellt jene Erklärung im Amtsblatt in eine Linie mit der Zuschrift des Abg. Möller an die Wahlmänner, und das ist doch wohl nur ein dialektisches Mittel der Darstellung, denn der letztere ist doch nur ein Privatmann und seine Worte haben keine andere Wirkung, als die jedes anderen Privatmanns, mag er Abgeordneter sein oder nicht.

Der Landrath, meinte der Herr Minister, mußte doch die apathische Masse, deren Existenz er vom Hrn. Kriegsminister gelernt zu haben scheint, anregen, um sie zur wahren Menschenwürde zu erheben. Aber mit den Anregungen fängt man an und schließt unvermeidlich mit der Anwendung unsittlicher Mittel. Daher im Lande die Ueberzeugung herrscht, für liberale Wahlen werde der Einzelne leicht durch Steuerhöhungen gestraft. Ob die Landräthe absichtlich aus diesem Grunde Erhöhungen veranlaßt haben, läßt sich natürlich nicht constatiren; aber daß liberal Stimmende höher besteuert worden sind und daß im Lande diese Erklärung für die Thatsache herrscht, das ist zweifellos. Und wie kümmerliche Resultate hat man erreicht, um derentwillen man den alten Wahlspruch „Justitia regnorum fundamentum" angetastet hat! Herr Reichensperger geht zwar von einem höheren Gesichtspunkte aus und verlangt, daß der Wähler für Beeinflussung gar nicht zugänglich, daß er für die Freiheit reif sein soll. Meine Herren, das ist viel verlangt, mehr als ich finde, wenn ich mich selbst in diesem Hause umsehe. Denn selbst hier finde ich verehrte Abgeordnete, die für Beeinflussung recht wohl zugänglich sind, verehrte Abgeordnete, denen man doch nicht die Reife zur Freiheit absprechen kann und die doch zuletzt ganz anders stimmen, als man von ihnen erwarten mußte. (Große Heiterkeit.) Verlangen wir also von einem Urwähler nicht mehr als von einem Abgeordneten, wirken wir vielmehr dahin, daß Bedrohungen unmöglich werden, die den Wähler verhindern, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. (Lauter Beifall.)

Minister des Innern: Dem Herrn Vorredner möchte ich auf einen Punkt erwidern, daß er nämlich wiederholt behauptet hat, es bestände im Lande der Verdacht, daß Wähler, welche anders wählten, als der Landrath wünschte, irgend welchen materiellen Nachtheilen ausgesetzt wären. Ich muß das bestreiten. (Unruhe.) Verzeihen Sie, ich höre auch, was im Lande vorgeht. Sie mögen in gewissen Wahlkreisen bekannt sein und von dort Nachrichten bekommen, ich bekomme sie aus allen Kreisen. Daß aber dergleichen Berichte zu Ihren Ohren gekommen wären, daß daraus geschlossen werden könnte, im Lande bestehe eine solche Anfechtung, bestreite ich ganz ausdrücklich; und wenn sie bestände, wie der geehrte Herr Vorredner gesagt hat, wo ist irgend ein Anhalt für einen Beweis, daß Jemand, der so und so gestimmt hat, bei der nächsten Steuerveranlagung höher getrieben ist. Wenn er sich das Vergnügen macht, dies mit seiner Abstimmung in Verbindung zu setzen, so ist das Privatsache aber wo liegt ein Causalnexus zwischen seiner Abstimmung und zwischen der Steuereinzahlung? Ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß man sich hüten muß, es von dieser Stelle in's Land zu rufen, als ob in Preußen die Beamtenschaft derartig zusammengesetzt sei, um einen solchen, vollständig unzulässigen, und, wie ich dem Herrn Abgeordneten zugestehe, vollständig unsittlichen Eindruck zu machen. Nein, m. H., in unserem Regiment und so lange wir am Ruder sein werden, wird die sogenannte Polizeiwirthschaft niemals aufkommen; ich hasse nichts mehr, als die Polizeiwirthschaft. (Widerspruch links.)

Dafür aber geben Sie mir das Recht, das geschriebene Gesetz in seiner ganzen Bedeutung und in der Weise auszudeuten, wie es da ist und es mir die Mittel an die Hand gibt, es auszudeuten; und dann, m. H., wenn ich dies thue und Ihnen nachweise, daß ich mich innerhalb der gesetzlichen Schranken bewege, dann sprechen Sie nicht von Gewalt; sprechen Sie nicht davon, wenn ich meine Landräthe anweise, mit allen erlaubten Mitteln für das Zustandekommen guter Wahlen zu wirken; sprechen Sie vielmehr von Gewalt, wenn Sie aus gesetzlich nicht zu rechtfertigenden Gründen eine Wahl annulliren (Unruhe links, Bravo rechts!).

Abg. Gr. Schwerin: M. H.! Ich habe während dieser Legislaturperiode und ebenso die Herren, mit denen ich gewöhnlich zusammen zu stimmen pflege, vielfach Veranlassung gehabt, auszusprechen, daß auch meiner Ueberzeugung nach Wahlbeeinflussungen stattgefunden haben, die vor dem Gesetz nicht bestehen können (Zustimmung). Ich habe aus diesem Grunde und ebenso auch meine Freunde bei verschiedenen Gelegenheiten, wo es sich um die Annullirung von Wahlen handelte, mit der Majorität dieses Hauses gestimmt, weil ich zu der Ueberzeugung gelangt war, daß hier ungesetzliche Beeinflussungen der Wahlen stattgefunden hatten. Umsomehr bin ich in diesem Augenblick veranlaßt zu erklären, daß ich mit dem Hrn. Minister des Innern in dem Erlaß, der die Veranlassung zur Interpellation gegeben hat, eine ungesetzliche Einwirkung der Regierung nicht erkennen kann (Zustimmung rechts).

Die Regierung hat allerdings das Recht, und in gewissem Umfange die Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, nach welchen Grundsätzen sie gewählt wissen will. Ob die Form der Bezeichnung einer bestimmten Persönlichkeit eine politisch kluge, ob sie ein Beweis von einer besonders starken Regierung ist, das, m. H., lasse ich vollkommen dahingestellt sein. Meiner Ueberzeugung nach ist sie nicht ungesetzlich, und weil sie nicht ungesetzlich ist, darum kann sie auch einen Grund zur Beschwerde nicht abgeben. Was wir, m. H., desavouirt haben, ist, daß die Regierung die ihr zur Aufrechterhaltung des Gesetzes und zum Schutze des Rechts gegebene Macht, Drohungen und Versprechungen, die sie damit wahr machen kann, anwendet, um bestimmte Wahlen hervorzubringen. Das ist in diesem Falle nicht geschehen, also kann von einer ungesetzlichen Einwirkung auf die Wahl nicht die Rede sein. Der Herr Minister hat dann bei der Beantwortung der Interpellation eine Menge von Ausführungen gemacht, mit denen ich mich in keiner Weise identificiren möchte, die ich in vielen Punkten sogar ausdrücklich bestreiten muß, dies namentlich, insofern sie sich auf einen, wie ich denke, retrospectiv gemeinten Rath beziehen, wie auch die liberale Regierung hätte verfahren müssen. Ich habe aber durchaus keine Veranlassung, darüber mit ihm zu disputiren. In dem einen Punkte stimme ich allerdings mit ihm überein, in dem Punkte nämlich, daß jede Regierung, mag sie aus liberalen Kreisen hervorgegangen sein oder aus andern, nur dann gesunde Früchte ihres Strebens wird zeitigen können, wenn sie mit der großen conservativen Partei des Landes sich in Uebereinstimmung befindet.

Nur, m. H., lassen Sie uns nicht vergessen, daß mit dem Begriff „conservativ" etwas sehr Verschiedenes bezeichnet wird. (Zustimmung links.) Ich nenne diejenige Partei conservativ — und das ist meiner Ueberzeugung nach die große Partei des Landes — die mit festem monarchischen Sinn das Bewußtsein verbindet, daß nur auf dem Boden des verfassungsmäßigen Rechts der Fortschritt zur Sicherung der Monarchie und zur Sicherung der Interessen des Landes führen kann; (bravo!) daß aber bei diesem Fortschritt überall an die bestehenden Verhältnisse angeknüpft werden muß, daß mit Vorsicht gehandelt werden muß, aber immer nach einer bestimmten Richtung hin vorwärts, daß in der Gesetzgebung die Grundlagen, welche in den großen Jahren der Erneuung des preußischen Vaterlandes gegeben sind, nicht verlassen werden dürfen, sondern immer nur mit festem Hinblick auf sie das geschehen darf, was im gegebenen Momente das Gebotene, das Ausführbare und das dem Verfassungsrechte entsprechende ist. Diese Partei nenne ich die conservative, und ich habe die Ueberzeugung, daß diese Partei die große Partei des Landes ist, nicht eine Agitationspartei, die sich aus allen Lagern rekrutirt, und die nun sagt, wir wollen der jeweiligen Regierung in allen Dingen zu Willen sein, mag es unsere Ueberzeugung sein oder nicht; jede Regierung muß gestützt werden, weil die Regierung allein fähig ist, dem Parteitreiben im Lande sich mit Wirksamkeit entgegen zu setzen. Der Agitationspartei, m. H., die sich jetzt vielfach die conservative nennt, der möchte ich die Zukunft des Landes nicht anvertrauen. (Sehr wahr!) Und das ist vielleicht die Abweichung des Herrn Ministers des Innern von mir und von Grundsätzen derjenigen Regierung, der anzugehören ich die Ehre gehabt habe. (Bravo im linken Centrum.)

Abg. Bender: Jene Erklärung im Amtsblatt hat bewirkt, daß, wenn auf diesem Wege fortgefahren wird, die Landräthe sich noch um jedes Ansehen bringen werden. Und wenn von dem zersetzenden Einflusse der Fortschrittspartei gesprochen wird, dann ist wohl Niemand mehr zersetzt als der Landrath selbst, der vor einigen Jahren den Geh.-Rath Schubert empfohlen hat (der doch gewiß derselbe geblieben ist), und jetzt den Hrn. v. Tettau. (Heiterkeit.) Und dabei nur mit einer Stimme zu siegen! Für so viel so wenig!

Abg. v. Gottberg. Der Hr. Abg. für Anclam (Gr. Schwerin) hat sich hier vielfach über die conservative Partei geäußert und dabei dieselbe Unklarheit entwickelt, die ihn so oft mit der Fortschrittspartei stimmen läßt, dieselbe Unklarheit, die einst in seinem Wahlerlasse herrschte. Wenn er später die Majorität im Hause verlor, was war der Grund? Weil das liberale Ministerium das Königthum in den Kampf führte, und weil es die von der extremen Rechten und der extremen Linken als Gegner des Königthums behandelte. (Unterbrechung.) Das liberale Ministerium machte Opposition nach rechts, nach links: was es wollte, das wußte kein Mensch! (Große Heiterkeit, an der auch Graf Schwerin Theil nimmt und sich nach dem Redner umsieht, der in den Reihen hinter ihm seinen Platz hat.) Hr. Abg. Virchow sehen wir in verschiedenen Gebieten sich bewegen, in denen er nicht so glücklich ist, wie in dem der Anatomie; am wenigsten ist er es im Gebiet der politischen Geographie. Denn wie paßt es sich wohl für einen wissenschaftlich gebildeten Mann, sich auf jene Karte zu berufen, um nach ihr die Kraft und Ausdehnung der Parteien zu berechnen? Die conservative nimmt wahrlich nicht blos zerstreute Inseln ein, sondern ist durch das ganze Land verbreitet.

Es ist eine Insinuation, wenn behauptet wird, die Landräthe erhöhten die Steuern für die Liberalen, denn die Klassensteuer wird nicht von den Landräthen, sondern von den Commissionen veranlagt, die aus der Bevölkerung selbst hervorgehen; an die mag man die Beschwerde adressiren, aber nicht an die Landräthe. In den Städten mag die umgekehrte Beschwerde geführt werde: da fühlen sich die conservativen Wähler bei den städtischen Steuern gründlich berücksichtigt. Jetzt achten Sie auf alle diese Dinge nicht; ist aber erst einmal wieder in diesem Hause eine conservative Majorität, dann wird man Sie nach Ihrer Meinung nicht mehr fragen. (Unterbrechung.) Der Abg. Schulze räth dazu, alle Wahlen zu annulliren, bei denen die Regierung nach seiner Meinung Einfluß geübt hat; aber das geht doch nur bis zu einem gewissen Grade, bis der überspannte Bogen bricht, und mich wenigstens schreckt seine Drohung gar nicht. Wenn im vorliegenden Fall von Einfluß auf die Wahl des Hrn. v. Tettau gesprochen wird, so geschieht das ohne Grund, ja gegen die eigene Ueberzeugung. Ich war in derselben Abtheilung Correferent, in der früher die Wahl für den Kreis Heiligenbeil-Pr.-Eylau geprüft wurde: es ist dasselbe Stimmenverhältniß damals und jetzt.

Aber man wollte doch einmal gegen das Ministerium anrennen, wollte Skandal machen, weil die Herren fühlen, daß man im Lande anfängt ein Bischen lau gegen sie zu werden. (Unterbrechung, Lärm und Gelächter.) Denn bald wird die Zeit kommen, wo eine Kammer sein wird, in der sie die Oasen bilden werden! (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Präsident Grabow macht den Redner darauf aufmerksam, daß er nicht immer in parlamentarischer Weise auf den vorliegenden Gegenstand eingegangen sei. Dann schließt er unter Zustimmung des Hauses zu mehrfachen Anträgen auf Schluß die Debatte über die Interpellation und ertheilt nur noch zu persönlichen Bemerkungen das Wort den Abg. Gr. Schwerin, Virchow und v. d. Heydt.

Abg. Graf Schwerin. Den Vorwurf der Unklarheit, den der Abg. v. Gottberg mir gemacht hat, den lasse ich wohl am besten auf sich beruhen. Seine Rede, denke ich, wird im Lande mir nicht schaden. Wer mich bisher nicht für unklar gehalten hat, wird es auch wohl nach der Rede des Hrn. v. Gottberg nicht thun. (Sehr gut). Sodann hat mir derselbe Hr. Abg. vorgeworfen, daß ich oft mit der Fortschrittspartei stimmte, und daß nach seiner Vermuthung ich dies auch fernerhin thun würde. Darin hat er vollkommen Recht; (Heiterkeit), ich will sagen, zu meinem Bedauern Recht. (Heiterkeit). Denn ich habe mich immer so gehalten und hoffe mich auch in Zukunft so zu stellen, daß ich immer mit demjenigen stimme, der meiner Ueberzeugung nach Recht hat. Wenn nun in der gegenwärtigen Session die Fortschrittspartei nach meiner Ueberzeugung öfter Recht hatte, wie die conservative Partei — wobei ich bemerke, daß ich der einen Partei so wenig angehöre wie der andern — so folgt daraus ganz natürlich und nothwendig, daß ich öfter mit der Fortschrittspartei stimmte und, wenn diese fortdauert, auch in Zukunft mit der Fortschrittspartei stimmen werde, selbst auf die Gefahr hin, daß mir, wie dies in der vorigen Session geschehen ist von dem Herrn v. Blanckenburg, daß mir der Vorwurf gemacht wird, ich thäte nichts weiter, als für die Fortschrittspartei die Kastanien aus dem Feuer holen.

Das ist aber doch nicht der eigentliche Grund, weshalb ich mich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet habe, obgleich ich anerkenne, daß das, was ich noch zu sagen habe, nicht lediglich persönlich ist, insofern noch ein verehrtes Mitglied, welches in diesem Hause sitzt, sich mit mir ganz in derselben Lage befindet, denn es handelt sich um einen Vorwurf, der dem früheren liberalen Ministerium gemacht war. (Große Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete v. Gottberg hat uns den Vorwurf gemacht, das liberale Ministerium hätte das Königthum in den Kampf geführt. Nun, meine Herren, auf alle Vorwürfe bin ich mehr vorbereitet gewesen, als auf diesen (sehr richtig), daß man von derjenigen Partei, die das jetzige Ministerium unterstützt, uns den Vorwurf macht, wir hätten das Königthum in den Kampf geführt, während wir es zu unserer recht eigentlichen Aufgabe gemacht haben — es stets die erste Aufgabe für uns gewesen — ich denke, wir haben sie niemals aus den Augen gelassen — dies nicht zu thun, das Königthum fern von den politischen Parteikämpfen zu halten, das konnte ich nicht erwarten. — Wir haben alle Maßregeln, die wir eingebracht haben, unsere Maßregeln genannt; wir haben jede Meinung, die wir vertraten, als die von dem Ministerium ausgegangene, als unsere Meinung hingestellt. — Wie man uns da den Vorwurf machen kann, wir hätten das Königthum in den Kampf geführt, wie man uns diesen Vorwurf im gegenwärtigen Augenblick machen kann, das, m. H., ist mir absolut unerfindlich. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Virchow: Der Herr Abg. v. Gottberg irrt, wenn er die Anatomie für mein Hauptfach hält; es ist eigentlich die Pathologie, und wenn ich die Liebhaberei gehabt habe, ihm zu antworten, so geschah es eben deshalb, weil er für mich ein pathologisches Interesse hat. Wenn er nun meint, ich hätte mich auf die Kiepert'sche Karte als auf ein ganz unwissenschaftliches Material gestützt, so kann ich nur sagen, daß Herr Kiepert Mitglied unserer Akademie der Wissenschaften ist und daß er die Karte der Wahlresultate und Parteiverhältnisse nach denselben Grundsätzen angefertigt hat, nach denen dergleichen Karten überhaupt angefertigt werden. Der Herr Abgeordnete wird sich wohl, sei es mit guter, sei es mit schlechter Miene, in dieses wissenschaftlich constatirte Verhältniß fügen müssen.

Abg. v. d. Heydt: Ich kann, was den Angriff des Hrn. Abg. v. Gottberg auf das Ministerium betrifft, dem ich anzugehören die Ehre hatte, auch meinerseits denselben nur für unzutreffend und ungerecht erklären. (Hört! hört!) Ich bin der Meinung, daß das Ministerium, welches er angegriffen hat, dem Lande sehr große und nützliche Dienste hätte leisten können, wenn es diejenige Unterstützung gefunden hätte, die seine Tendenz, meiner Meinung nach, wohl verdient hätte.

Damit wird der Gegenstand verlassen und unter dem Vorsitze des Herrn v. Unruh zu den folgenden Nummern der Tagesordnung, den verschiedenen Berichten über Petitionen, übergegangen. Die Anträge der resp. Commissionen werden durchweg vom Hause nach kurzer Debatte angenommen; so der Antrag der Justiz-Commission, die Petition von Krüger und Gen. der Regierung mit der Erklärung zu überweisen, sie möge den Lehnsverband in Pommern möglichst bald im Wege der Gesetzgebung aufheben; zuvor wurde ein von Gottberg gestelltes Amendement verworfen. Desgleichen wird die von der Agrar-Commission bearbeitete Petition von Wegner bei Marienwerder, betr. die Entrichtung des Meßkornes an die katholische und evangelische Geistlichkeit, der Regierung überwiesen; dagegen über die Petition von Albrecht und Gen., auf der Köhn-Nymweger-Straße Obstbäume statt der Pappeln zu pflanzen, die Tagesordnung beschlossen, während die Commission Ueberweisung an die Regierung beantragt hatte.

Der Antrag auf Tagesordnung wurde von den Abg. v. Saucken und v. Ernsthausen eingebracht. Auf den Bericht der Petitions-Commission über die Dissidenten konnte das Haus nicht eingehen, da Ref. Richter verhindert war, in der heutigen Sitzung zu erscheinen. Auch die Prüfung der Tettau'schen Wahl wird abgesetzt.

Schluß der Sitzung 2½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

(Auf der Tagesordnun steht u. a. der Bericht der Commission für das Gemeindewesen über die Beschwerden der Städte 2c. Ref. Abg. Runge.)

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Kopenhagen, 4. März. Der König verlegt Mitte nächster Woche seine Residenz nach Kopenhagen. Das Befinden Halls gewährt wenig Hoffnung, das Bluhme's ist jetzt besser. (Wolff's T. B.)

Hamburg, 3. März. Die „Börsenhalle" meldet: Gutem Vernehmen nach ist der französisch-hamburgische Handelsvertrag in diesen Tagen zum Abschluß gekommen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 3. März, Nachm. 3 Uhr. Die heutige Börse beschäftigte sich wiederum ausschließlich mit dem Credit-Mobilier, während die übrigen Werthpapiere keine Bewegung darboten. Die Haltung war im Allgemeinen eine matte, besserte sich aber schließlich auch für Credit-Mobilier. Die 3proz. begann zu 67, 90, hob sich auf 67, 95, fiel bis 67, 77½, stieg wieder auf 67, 90 und schloß ziemlich fest zu diesem Course. Credit-Mobilier eröffnete zu 893, 75, fiel auf 868, 75 und hob sich schließlich auf Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89⅜ gemeldet. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 90. Italien. 5proz. Rente 65, 15. 3proz. Spanier 41. 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 447, 50. Credit-Mob.-Aktien 883, 75. Lomb. Eisenbahn-Aktien 552, 50.

London, 3. März, Nachm. 4 Uhr. Consols 89. 1proz. Spanier 41¼. Sardinier 77. Mexikaner 26½. 5proz. Russen 89½. Neue Russen 88½. Silber —. Türkische Consols 53. 6proz. Ver. St.-Anl. pr. 1862 53¼. Hamburg 3 Monate 13 Mk. 7¾ Sh. Wien 11 Fl. 55 Kr.

Wien, 3. März, Nachm. 2 Uhr. Die Haltung war schwankend. Schluß-Course: 5prozentige Metalliques 71, 60. 1854er Loose 88, 25. Bank-Aktien 799, —. Nordbahn 183, 50. National-Anleihe 78, 90. Credit-Aktien 187, 30. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 200, -. Galizier 222, 70. London 112, 40. Hamburg 84. 50. Paris 44, 70. Böhm. Westbahn 163, —. Creditloose 128, 30. 1860er Loose 93, 60. Lombard. Eisenbahn 245, —.

Frankfurt a. M., 3. März, Abends. Im heutigen Privatverkehr in der Effekten-Societät wurden Amerikaner in Folge der mit dem Dampfer „Australasian" eingetroffenen Nachrichten zu 54⅝—54½ lebhaft gehandelt. Creditaktien 196⅝. 1860er Loose 83⅝—83 11/16.

Hamburg, 3. März, Nachm. 2½ Uhr. Börse ruhig, nur in Amerikanern ziemliches Geschäft. Wetter regnerisch. Schluß-Course: National-Anleihe 69½. Oesterr. Credit-Aktien 82⅝. Vereinsbank 106¼. Nordd. Bank 114¼. Rheinische 109¼. Nordbahn 78⅞. Finnländ. Anleihe 83. 5proz. Verein. Staaten-Anl. pr. 1862 48½. Diskonto 2¼ %. Wien 86. Petersburg 27⅜.

Hamburg, 3. März. [Getreidemarkt.] Weizen ruhig, Termine still. Roggen desgl. 124pfd. pomm. pr. April zu 55, 121—122pfd. zu 54 offerirt, fest. Pr. April-Mai für 5100 Pfd. brutto 79 Br., 78½ Gd. und mit 78 viel bezahlt. Oel Mai 25¾, Okt 25⅝—25½. Kaffee ruhig. Zink von Inhabern fest gehalten, 13⅜ gefordert, ruhig.

Liverpool, 3. März, Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatz. Wochenumsatz 47,650, zum Export verkauft 5780, wirklich exportirt 3870, Consum 34,700, Vorrath 589,000 Ballen. Middling Upland 18, fair Dhollerah 14½, middling fair Dhollerah 13, middling Dhollerah 12, Bengal 8, Oomra 14.

Berliner Börse vom 3. März 1865.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	102¼ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	105⅛ bz.
dito 1850, 52	4	98¼ bz.
dito 1853	4	98¼ bz.
dito 1854	4½	102⅜ bz.
dito 1855	4½	102⅜ bz.
dito 1856	4½	102⅜ bz.
dito 1857	4½	102⅜ bz.
dito 1858	4½	102⅜ bz.
dito 1864	4½	102⅜ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	91⅜ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	129¾ B.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅝ B.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	87¾ B.
Pommersche	3½	87⅜ G.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	95⅝ G.
Schlesische	3½	92⅝ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	98⅝ bz.
Pommersche	4	98⅝ G.
Posensche	4	95½ G.
Preussische	4	98⅜ bz.
Westph. u. Rhein.	4	98¾ B.
Sächsische	4	98¾ B.
Schlesische	4	99 bz.
Louisd'or 110¾ bz.		Oest. Bkn 90¼ bz.
Goldkronen 9. 8⅞ G.		Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metalliques	5	64½ B.
dito Nat.-Anl.	5	70¼ à ⅞ bz
dito Lott.-A. v. 60	5	83⅞ à 84 bz.
dito dito 64	—	52 bz. u. G.
dito 54er Pr.-A.	4	78½ G.
dito Eisenb.-L.	—	76¼ G.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	88¼ bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	88⅜ G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	73 bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	75 bz. u. G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	89½ B.
dito à 300 Fl.	5	92⅝ G.
dito à 200 Fl.	—	— — —
Kurhess. 40 Thlr.	—	56¾ bz u. G
Baden. 35 Fl. Loose	—	— — —

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märkische	4½	102¾ B.
dito II.	4½	101 G.
dito IV.	4½	99⅞ bz.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	83½ bz.
Cöln-Minden	4½	101¾ bz.
dito II.	5	105 G.
dito	4	94¼ B.
dito III.	4	93¼ B
dito	4½	101½ B.
dito IV	4	92¼ G.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	91 G.
Galiz. Ludwigsb.	5	85⅞ G
Niederschl.-Märk.	4	97½ G.
dito conv.	4	97½ G
dito III.	4	94½ bz.
dito IV.	4½	102 G.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	102½ B.
Oberschles. A.	4	96¼ G.
dito B.	3½	85½ B.
dito C.	4	95⅝ G.
dito D.	4	95⅝ G.
dito E.	3½	84 bz.
dito F.	4½	101½ G.
Oest.-Franz.	3	254 bz u. G.
Oest. südl. St.-B.	3	248 Anf. 247 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	102 G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	101 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1862	1863	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	100½ bz.
Aachen-Mastrich	—	—	4	39¾ bz.
Amsterd.-Rottd.	6	6¼	4	116 bz.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	138 bz.
Berlin-Anhalt	8½	9¾	4	190 G.
Berlin-Görlitz	—	—	4	95 b.
dito St.-Prior.	—	—	5	98 bz.
Berlin-Hamburg	6¼	7¼	4	145¼ B.
Berl.-Potsd.-Mg.	14	14	4	211 bz.
Berlin-Stettin	7 9/12	8⅛	4	134 bz. (i. D.)
Böhm.-Westb.	—	—	5	72⅝ G.
Breslau-Freib.	8	7½	4	139⅜ bz.
Cöln-Minden	12¾	12 11/12	3½	201½ bz.
Cosel-Oderberg	½	1½	4	62½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	87⅝ G.
dito dito	—	—	5	93¼ bz.
Galiz. Ludwigsb.	—	—	5	99¾ G
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	149 G.
Magd.-Halberst.	25½	22⅛	4	213¾ bz
Magdb.-Leipzig.	17	17	4	260 B.
Mainz-Ludwigsh	7½	7	4	132½ bz.
Mecklenburger	2⅛	2½	4	77⅞ G.
Neisse-Brieger	4⅜	4⅛	4	91¼ G.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	97¼ B
Niederschl. Zwgb	2 11/12	2⅝	4	88¾ bz.
Nordb., Fr.-Wilh.	3½	3 7/12	4	80¼ a 81½ bz. u. G.
Oberschles. A	10 13/15	10½	3½	162½ bz.
dito B.	10 13/15	10½	3½	144 bz.
dito C.	10 13/15	10½	3½	162½ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	5	5	119¾ 20¼ 19¾ bz.
Oest. südl. St.-B.	—	8	—	146¾ a ⅝ bz.
Oppeln-Tarn.	2½	2½	4	81 bz.
Rheinische	6	6	4	111½ G.
dito Stamm-Pr.	6	6	4	113½ bz
Rhein-Nahebahn	—	—	3	30 bz.
Rhr. Crf. K. Gldb.	4½	5	3½	102¼ G.
Stargard-Posen.	6	4⅝	3½	96¾ G. (i. D.)
Thüringer	7¾	7⅝	4	130½ bz.
Warschau-Wien	—	—	5	62⅜ a ⅞ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1862	1863	Zf.	
Berl. Kassen-V.	5 13/30	6	4	127 G.
Braunschw. B.	4	—	4	85 etw. bz-u. G.
Bremer Bank	6	5⅘	4	114¾ B
Danziger Bank	6	6	4	111 G.
Darmst. Zettelb.	9	6	4	103½ bz.
Geraer Bank	7½	7	4	107 bz.
Gothaer „	5½	6½	4	102½ B.
Hannoversche B.	6	6⅕	4	101 B.
Hamb. Nordd. B.	6	6⅝	4	115 B.
„ Vereins-B.	6 1/84	6 12/32	4	108 B.
Königsberger B.	5½	5⅘	4	107 G.
Luxemburger B.	10	9	4	87 G.
Magdeburger B.	4 8/10	4½	4	101½ G
Posener Bank	5 11/30	5 8/15	4	101½ etw. zu. G.
Preuss. Bank-A.	6 1/40	7 3/40	4½	149¾ St. bz. u B.
Thüringer Bank	3	4	4	77 G
Weimar „	5	5½	4	100¼ bz.
Berl. Hand.-Ges.	9	8	4	114½ etw. bz.
Coburg. Credb. A.	8	7	4	100¾ G.
Darmstädter „	6½	5½	4	93 b.
Dessauer „	—	—	4	3¼ p. St. G
Disc.-Com.-Ant.	7½	6½	4	104 B.
Genfer Credb. A.	3½	—	4	44½, ¾ l. P. ½ bz B
Leipziger „	3½	4	4	87 B. (i D.)
Meininger „	7	7	4	101 etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	2 1/30	2½	4	40¾ à 41¼ bz.
Oesterr. Credb. A.	8½	6	5	84¼ à ⅜ à ¼ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	109 B.
Minerva	—	—	5	33 Anf. etw. a ¾ bz.
Fbr. v. Eisenbbfd.	8½	8	5	111¼ bz.

Breslau, 4. März. Wind: West. Wetter: unfreundlich. Thermometer Früh 1 Grad Wärme. Im Allgemeinen zeigte sich der Geschäftsverkehr im Getreidehandel etwas belebter, Preise waren sehr gut behauptet.

Weizen blieb beachtet, pr. 84 Pfd. weiße bruchfreie Waare 60 bis 64 Sgr., wenig erbrochene 52—54 Sgr., erwachsene 48—50 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 57—59 Sgr., wenig erbrochene 48—52 Sgr., erwachsene 42—46 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen fest, pr. 84 Pfd. 39—41 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste still, pr. 74 Pfd. weiße 36—37 Sgr., helle 32—33 Sgr., gelbe 30—31 Sgr. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 24—27 Sgr. Erbsen schwacher Umsatz. — Wicken gefragt, 62—70 Sgr. — Oelsaaten fest. — Lupinen in trockener Waare gesucht. — Schlesische Bohnen gesucht. — Schlaglein fest. — Rapskuchen beachtet, 49—51 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen, alter	60—64—73	Erbsen	54 58 62
„ „ neuer	60—64	Lupinen	60—70—75
Gelber Weizen, alter	58—64 68	Bohnen	70 78—88
„ „ neuer	57—59		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Erwachsener Weizen	42—46—52	Schlag-Leinsaat	155—175—193
Roggen	39—40—41	Winter-Raps	176 206—223
Gerste, neue	30—32—37	Winter-Rübsen	173 193 208
Hafer, neuer	23—25—27	Sommer-Rübsen	150—173—183

Kleesaat beschränkter Umsatz, rothe fester, ordinäre 14½—17¾ Thlr., mittle 18½—20½ Thlr., feine 22½—25 Thlr., hochfeine 25½—26 Thlr. und darüber bez. — weiße ruhig, ordinäre 13—15½ Thlr., mittle 16½ bis 18½ Thlr., feine 19½—22 Thlr., hochfeine 23½—24½ Thlr. pr. Centner.

Thymothee schwach beachtet, 12—14½ Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 22—26 Sgr., Metze 1—1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 12 Thlr., März 12 Thlr., pr. Frühjahr 11⅚ Thlr., Herbst — Thlr — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 12 5/12 Thlr., März 12 5/12 Thlr., Frühjahr 11 11/12 Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.